

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Einzeljahrespreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Fr. 3.— für Deutschland (Gaubert) Fr. 3.70 für Oesterreich (Gaubert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate

die dreispaltige Zeitzeile 25 Gts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint

wöchentlich einmal

in Zürich (Schweiz).

Festlag

der Selbstverhandlung Göttingen-Zürich.

Verkaufungen

franco gegen franco. Gewöhnliche Preise nach der Schweiz folgen Doppelpost.

N. 28.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

8. Juli 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Alte Taktik.

Seit dem Regierungsantritte des jungen Wilhelm treten in der deutschen Presse die Gerüchte von beabsichtigten Attentaten auf den jungen Kaiser und den alten Bismarck immer häufiger auf. Waren es längst noch die „Anarchisten“, so sind es heute schon die „Sozialisten“, und zwar speziell die „Berliner Sozialisten“, denen solche Attentatsgerüchte — zugemutet werden. Kein Zweifel, der Kaiser soll für die Zwecke der Reaktion präpariert werden, der „Appell an die Furcht“ soll ihn blind machen, und mit berechtigtem Spotte fragte daher jüngst ein oppositionelles Berliner Blatt Bismarck's Hintermänner, ob denn solche Mittel jetzt schon nötig seien.

Oder will man bloß das Publikum an den Gedanken der Attentate gewöhnen? Wahrscheinlich Beides. Da ist uns dieser Tage wieder eine Broschüre zu Gesicht gekommen, die vor ungefähr zwei Jahren unter der Ueberschrift: „Warum verfolgt man uns?“ erschien. In derselben finden wir eine Stelle, die für die gegenwärtige Situation und so zeitgemäß erscheint, daß wir sie nachstehend zum Abdruck bringen wollen:

„Es ist eine alte und gute Regel: man soll auch vom Feind lernen. Und am besten lernt man vom Feind, wenn man ermittelt, welche Handlungen einerseits ihm angenehm und welche ihm unangenehm sind. Man muß immer das thun, was dem Feinde unangenehm ist. Das ihm Unangenehme ist das Beste. Und man muß immer vermeiden, was dem Feind angenehm ist.“

Das müssen wir unter allen Umständen festhalten. — — —

„Lobt der Feind uns, so können wir sicher sein, eine Dummheit gemacht zu haben. Zetert er über uns, so sind wir auf dem richtigen Wege. Der Tadel des Feindes ist das schönste Lob, die Verleumdungen des Feindes die schmeichelhafteste Anerkennung.“

Unsere Feinde sind sehr unzufrieden mit uns — ein Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege gehen, die richtige Taktik befolgen — das heißt, die Taktik, welche unseren Feinden am verderblichsten ist, am schnellsten ihre Niederlage herbeiführen muß.

Und von dieser Taktik werden wir uns nicht abdrängen lassen. Daß wir „ein Element der Unruhe“ sind, leugnen wir nicht. Ohne ein „Element der Unruhe“ kein Fortschritt.

„Nur indem sie die herrschende Minderheit unruhig macht, kann die beherrschte Mehrheit ihr Recht und die Verbesserung ihrer Lage erlangen.“ Sagte der Engländer Bentham, der gewiß kein Revolutionär war.

Wir werden fortfahren, die herrschende Minderheit unruhig zu machen, und wir werden erst dann aufhören, „ein Element der Unruhe“ zu sein, wenn wir das Recht der beherrschten Mehrheit — das Recht des arbeitenden Volkes zur Geltung gebracht haben.

Wir werden Alles vermeiden, was unsere Feinde von uns wünschen. Wir werden keine Exzesse, keine Rufe, keine Attentate machen.

Wir werden Alles thun, was unsere Feinde wünschen, daß wir nicht thun. Wir werden nach wie vor dem Volk zeigen, wer und wo die Anarchisten, die Ausfänger, die Räuber, die Mörder sind.

Wir werden nach wie vor dem Volk zeigen, was die Sozialdemokratie ist und was die Sozialdemokraten wollen.

Wir werden nach wie vor dem Volk zeigen, daß die Sozialdemokratie ausschließlich die Interessen des Volkes befürwortet und versteht; und daß die heilige Doppelaufgabe, welche sie sich gesteckt hat, die ist:

Licht und Wissen unter die Massen zu bringen. Und das Volk von seinen Unterdrückern, Blutsängern und Verdummern zu befreien.

Diese Aufgabe werden wir erfüllen genau in der Weise, die unseren Feinden die unangenehmste ist. Und kein Klug, keine Verfolgung wird und auch wir um eines Haares Breite von dem Weg der Pflicht abdrängen, der für unsere Partei auch der Weg des Sieges ist. Der Verfolgung unserer Feinde spotten wir. Wir wissen, wir werden verfolgt, weil wir Recht haben; und so werden die Verfolgungen für uns nur zu einer Quelle der Stärke, zu einem Hebel der Macht. Und die Geschichte lehrt uns, daß noch keine Idee durch die brutale Gewalt hat ausgerottet werden können. Wohl aber lehrt sie uns, daß alle Regierungen und Systeme, die auf brutaler Gewalt beruhen, mit brutaler Gewalt die Ideen und das Recht zu unterdrücken sich vermaßen, jämmerlich zu Grunde gegangen sind.

Wir wissen: die stolze Fahne der Sozialdemokratie wird einst über Deutschland wehen und über allen Kulturländern der Erde.

Und wir wissen, die Zeit wird kommen, wo die Gewalthaber von heute entweder der Vergessenheit anheimgefallen sind, oder der Unsterblichkeit der Infamie — und wo die Menschen sich wundern werden, wie es einst möglich war, daß Personen vom Schlage der heutigen Gewalthaber zu Ruhm und Ehren gelangen konnten.

Unsere Genossen bedürfen keiner Mahnung zu mutigem Ausstehen und Vordringen. Das ist die gute „erzieherische Wirkung“ des Sozialistengesetzes, daß es die Feiglinge aus unseren Reihen getrieben hat und die Charaktere härtet wie Stahl. Jeder Hammerschlag der Verfolgung schmiedet fester die Genossen und die Partei.

Wie gesagt, das ward vor zwei Jahren gedruckt; es lautet aber, als wäre es für den heutigen Augenblick geschrieben. Und ganz natürlich, die Regierung bewegt sich im Kampfe gegen uns in dem „fehlerhaften Kreise“ der Gewaltpolitik.

Bei allen ihren Verfolgungen kommt sie immer wieder an den Anfang zurück — ihre plumpen Fälschungen wiederholen sich immer wieder, längst abgethane und vereitelte Ränke und Kniffe praktiziert sie stets von Neuem, und trotzdem die Dummheit nie alle werden, täuscht sie schließlich doch Niemanden als sich selbst!

Unsere Genossen spotten aber der polizeilichen Fellen ebenso, wie sie der Verfolgungen spotten.

Briefe aus Deutschland.

26. Juni.

Die Junker- und Pfaffenliga, welche das böse „Interregnum“ jetzt glänzend los ist, hat sich von ihrem Schreden und ihrer Verblüfftheit noch nicht ganz erholt. Sie beugt Fehler über Fehler, und das planlos, widerspruchsvolle, unzeitige Verhalten der Reptilienpresse verrät die innere Bruchigkeit des Systems und das böse Gewissen der Räder. Unter den Fehlern verzeichnen wir z. B. die Korporalproklamation an das Heer und vor allen Dingen das Geschimpfe auf Bismarck. Das Bismarckianische ist in der ganzen Welt einen bitteren Eindring gemacht, der vernünftiger Weise nicht beabsichtigt sein konnte, und dieses Geschimpfe hat zur Folge gehabt, daß der Schleier nun allmählig abgezogen wird von den unglaublich gemeinen Intriguen, deren Zweck es war, die Thronbesteigung „unseres Fritz“ zu verhindern. Madensie, der so schmählich Angegriffene, hat es nun offen ausgesprochen, daß die sogenannte Militärpartei, d. h. die Partei des Bismarck und des neuesten Kaisers — Wilhelm II. — die Absicht gehabt habe, den Kronprinz — den vorigen Kaiser (von heute an gerechnet; bei diesem unheimlich raschen Kaiserwechsel ist es schwer, die chronologische Zeitfolge zu präzisieren) von der Regierung auszuscheiden; daß — um diese Absicht zur Ausführung zu bringen — der Krebs hätte offiziell konstatiert werden müssen, und daß er, Madensie, sich der Krebsdiagnose nur deshalb nicht angeschlossen habe, um dieses infame Spiel zu vereiteln.

Es mag darüber gestritten werden, ob Madensie als Arzt zu einer politischen Rolle berufen gewesen sei, aber es kann nicht geleugnet werden, daß die schmutzige Intrigue, in deren Mittelpunkt er gerathen, ihm nur die Wahl ließ zwischen zwei Entschlüssen: entweder seinen Patienten, der, weil er die Intrigue durchschaute, sich ihm anvertraut hatte, an dessen Feinde zu verrathen, oder so zu handeln, wie er gehandelt hat. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß er unter den obwaltenden Umständen das gethan hat, was Ehre und Menschlichkeit ihm geboten.

Wie solchen Gefährten muß man aber diese deutschen Kerzte, insbesondere den Judenbeter Bergmann („von“) betrachten, die um jeden Preis vor aller Welt den Krebs feststellen und um jeden Preis den unheimlichen Thronerben durch eine chirurgische Operation beseitigen wollen!

Was muß man von der Partei denken, die — JJJ an ihrer Spitze — die Kerzte anstachelt, und mit Gewalt den Thronfolger vom Thron fern halten wollte, weil er ihrem gemeingefährlichen Treiben nicht huldreich war!

Und wie muß vor allen Dingen unser Urtheil lauten über den Sohn, der den Vater durch den Bergmann'schen „Operation“ unterworfen wollte, und im November vorigen Jahres ausdrücklich zu dem Zwecke nach St. Remo reiste, um die Operation zu erzwingen — und der dann, da ihm dies nicht gelang, nach einer (in der „Times“ geschilderten) Scene beispiellosen Gefühlslosigkeit, im Zorn sich von den Eltern trennte!

Es ist erst der Gipfel des Vorkommens entfernt — aber ein graufiges Bild menschlicher Verkommenheit ist es, das sich uns darbietet. Und bald wird auch, was heute noch dunkel ist, aufgeleuchtet sein.

Die Organe der Militär- und Junkerpartei sind durch Madensie's Offenheit ganz niedergebrennt. Daß dieser, oder sonst Jemand von der Gegenpartei, frei von der Leber weg reden werde, das hatten die dunkeln Ehrentreuer, die jene an die finsternen Posten des Mittelalters erinnernde Intrigue ausgedacht und durchgeführt haben, sich nicht träumen lassen. Für diese beschämten Köpfe hört die Welt nämlich an den Grenzen des deutschen Reichs auf — daß ein Engländer und daß eine „Engländerin“ über Machtmittel verfügen kann, die kein Bismarck'scher Staatsanwalt, Polizist und Soldat zu erreichen, geschweige denn zu zerstören vermag — daran hatten diese Anwesenheiten offenbar nicht gedacht. Einige von ihnen hatten Lante gezogen und die Verhaftung Madensie's vorgeschlagen, den man ja dann à la „einäugigen Wolf“ hätte hängen können; allein Madensie war eben kein rechtloser Deutscher, und der Skandal wäre nur noch größer geworden.

Genaß, das Schlimmste, was wir vermuthet, ist durch die Enthüllungen Madensie's im vollsten Maße bestätigt, in es ist übertrifft; und wir kennen jetzt authentisch die moralische Dualität der Menschen, mit denen wir uns herumzuschlagen haben.

Die „Thronrede“, die gestern unter militärisch-fürstlichem Schutze — die Herren Volkswortführer bildeten nur die Staffage — von dem jungen Kaiser mit schauernder Begeisterung verlesen ward, gefügt auch in die Reihe der Fehler. Ein Wüthchen mehr Sand hätte dem Volk doch in die Augen gestreut werden müssen! Dieses nächste, frohliche, hochmüthige, jeder Idee haare, die abernsten Einbildungen und Vorurtheile zum Ausdruck bringende Altklischee zeigt etwas zu deutlich das Kaliber seiner Verfasser. Der Entwurf soll nämlich von dem

neuesten Kaiser selbst sein — der Hausmeier habe bloß etwas „redigirt“ und „gemildert“.

Auf den Knauf des Schwerts gestützt, der Friede nach Außen gepredigt, und — der Bürgerkrieg nach Innen: das ist der Inhalt. Ob's mit dem Frieden nach Außen ernst ist — das wissen wir nicht und glauben wir nicht, — mit dem Krieg nach Innen, mit dem Bürgerkrieg, ist's aber gewiß ernst. Die 33^{te}, Pfennig-Sozialreform des „Großvaters“ — der Vater wird von dem pflichterernen Sohn kaum erwähnt — und Kampf gegen die „Umsturzbestrebungen“, das ist das Programm für die „innere Politik“ dieses Kartellkaisers. Natürlich erheischt der Kampf gegen die „Umsturzbestrebungen“ die Beibehaltung des Sozialistengesetzes. Und nicht bloß die Beibehaltung, sondern die „Verschärfung“.

Wir wären Thoren, wollten wir uns Illusionen machen; und wir wären Lügner, wollten wir uns Unzufriedenheit äußern.

Kein Zweifel, es wäre uns im Interesse der Humanität lieber gewesen, ein Regiment wäre gekommen, das den friedlichen Verlauf der Arbeiterbewegung und die reformatorische Lösung der sozialen Frage ermöglicht hätte. Wenn aber unsere Feinde denn einmal die „gewaltsamen Weg“ wollen, so ist dieser neueste Kaiser gerade der Mann, den wir uns als Feind wünschen. Er ist aus dem Holz der Menschen geschnitten, welche die Vorsehung zur Zerstörung der Reiche bestimmt hat.

Bezeichnend für die Situation ist, daß Bismarck schon zu jagen beginnt. Er weiß: wer zu schnell geht, kommt nicht leicht ans Ziel, und er möchte doch sein Werk nicht überleben.

Aus der „Thronrede“ sei bloß noch das Passus über Rußland erwähnt. Das Justizrecht hat selbstverständlich die lebhaftesten Sympathien des neuen „alten Fritz“, der sich zu dem alten „alten Fritz“ ungefähr ebenso verhält, wie der „neue Luther“ zu dem alten. Schade nur, daß das erwähnte Bündnis mit Rußland den Verzicht auf das Bündnis mit Oesterreich und Italien bedeuten würde.

Doch lassen wir das Politisieren. — Der Krieg ist und erklärt, und wir wissen, was wir zu thun haben.

Ebenso wenig jedoch, wie wir uns einem Zweifel hingeben, was die nächste Zukunft unseren Genossen bringen wird, ebenso wenig liegt für uns irgend ein Grund zur Entmutigung vor.

Unentwegt wird die deutsche Sozialdemokratie den Kampf gegen das heutige Ausbeutungs- und Anrechtssystem auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens weiter führen, unbeeinträchtigt durch die Einzelnen in diesem großen Bekämpfungskampfe für die Menschheit fallen; wissen wir doch, daß die Läden durch neue Streiter ausgefüllt werden, und daß jeder Tag, den die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung ihr Leben fristet, unsere Arme verstärkt. Daher Kampf gegen Kampf; unerbittlich und unbarmherzig reihen wir den herrschenden Klassen die bewährteste Waffe vom Völkchen, mögen sie sich mit dem Purpur bedeckt, im Graß, im Mistkäse, oder in der Kiste uns präsentieren, wir werden sie behandeln, wie sie es verdienen.

Wenn der Sieg zufallen wird? Uns ist es nicht zweifelhaft. Hier die Waise, in allen Augen kraftlos, von ihren Lehren zerstreute Gesellschaft und dort das jugendfrische Bewußtsein seines Rechts und seiner unabweigbaren Kraft sich machtvoll aufraffende arbeitende Volk, dem der Sieg bereits aus den kühnen, strahlenden Augen blüht.

Die Scheinbar dem Frieden gewidmete Thronrede ist von dem Geist unzulässiger Herrschaft diktiert, sie ist eine Kriegserklärung gegen die wichtigsten Aufgaben der menschlichen Gesellschaft, denn mit dem Pfaffengebimmel von sozialer Ausgleichung, hinter dem nichts steht, fördert man nicht ernsthaft soziale Aufgaben.

Die Kundgebung des Bismarck'schen Schülers zeigt, daß er seinen Platz zwischen den Waffen und den Militärs einzunehmen beabsichtigt; sie freut zugleich aber eine Saat aus, die aufgehen wird, jedoch nicht zum Nutzen seiner kaiserlichen Majestät und der hinter ihm stehenden Ausbeuterklasse.

Aus Frankreich.

Paris, 25. Juni.

Der Boulangerismus hat der französischen Kammer schnelle Beine gemacht, sie stürmt mit ungewohnter Hast auf die „Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung“ los, nachdem sie sie seit Jahren auf die lange Bank zu schieben beliebt. In der zweiten Hälfte des Mai hatte sie die erste Lesung des Hauptgesetzes, und Unfallsversicherungsgesetz im Handumdrehen erledigt, und in der letzten Woche beendet sie die erste Lesung der Vorlagen und Komitee, welche die Regulierung der Frauen- und Kinderarbeit betreffen. Trotzdem legten gerade die betreffenden Verhandlungen bereits Zeugnis ab von der erscheinenden Gleichgültigkeit, welche die Masse der Parlamentarier aller politischen Fabrikmärkte der wichtigen Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung entgegenbringen, eine Gleichgültigkeit, die bei den Debatten über die Frauen- und Kinderarbeit bei einem großen Theile derselben in offene Feindseligkeit umschlug. Während die Herren Abgeordneten keine Sitzung verfehlten, welche durch einen Stempel zu „amüsieren“ verspricht, oder in der es sich darum handelt, ein den festesten Wägen zu Gunsten des Ring zu entreißen, war die Kammer bei den Verhandlungen über die Arbeiterschutzgesetze sehr schlecht besucht und mehr als einmal beschlußunfähig. Man sagte sich eben nur sehr widerwärtig einer unsernredlich gewordenen Konventionenpflicht. Wenn trotz alledem in der ersten Lesung ein im Vergleich zur bismarckischen Sozialreform annehmbares Gesetz zu Stande gekommen, so ist dies nur dem Druck der schwülen politischen Situation zuzuschreiben, welche die Förderung des ungeschickten Proletariats allen Parteien zur Pflicht der Selbsterhaltung macht. Denn „Prolo“ spricht bei den Wahlen ein gewichtiges Wort mit.

Das Unfallgesetz zerfällt in zwei Theile, von denen der erste die Haftpflicht der Betriebsunternehmer, und der zweite die Unfallversicherung der Betriebsunternehmer unter einander behandelt. Das Gesetz erkennt das Prinzip der vollen Haftpflicht des Betriebsunternehmers bei allen Unfällen an, die der Berufung nicht absichtlich verursacht hat. Dehnter Fall ausgenommen, hat weder Arbeiter noch Arbeitgeber seine respektive Schuld oder Ankauf an einem Unfall nachzuweisen. Die volle Haftpflicht des Betriebsunternehmers wird aus dem Verstoß des Zirkelrechts abgeleitet, denen zufolge Jedermann für den Schaden aufkommen muß, den Personen, für die er verantwortlich ist, oder Sachen, die er in seiner Verwaltung und Aufsicht hat, verursacht. Das Gesetz gilt für alle Arbeiter, die im Privat-, Staats- oder Kommunal-Betrieb, in Fabriken, Hüttenwerken, Bräuen, Werksstätten, Minen, Bergwerken, Bergwerksarbeiten, auf Bauplätzen, beim Auf- und Abfahren zc. beschäftigt sind, für alle Industriellen, Forst- und Landarbeiter, die mit mechanischen Werkzeugen, mit Dampf- und anderen Maschinen umgehen, für Arbeiter, die mit explosiblen Stoffen zu thun haben zc.

Bei voller, dauernder Arbeitsunfähigkeit in Folge eines Unfalls hat der Arbeit hat der Betriebsunternehmer für eine lebenslängliche Rente

aufzukommen, die von einem bis zu zwei Dritteln des durchschnittlichen Jahresdienstes freigeht, jedoch nie unter 400 Fr. pro Jahr für einen Mann und 250 Fr. für eine Frau betragen darf. Beim Todesfall des Berufstätigen beträgt die Entschädigung die Begräbniskosten (Lohn von 20 Arbeitstagen) und Renten an die Hinterlassenen, nämlich 20% des jährlichen Durchschnittslohnes an die Witwe, 15% für ein, 25% für zwei, 35% für drei und 45% für vier und mehr Kinder. Für mutterlose Waisen ist die Rente etwas höher, von 20-50%, fixiert, Hinterlassene in auswärtiger Entfernung erhalten je 10% des Jahreslohnes als Rente. Natürliche Kinder, welche der Vater anerkannt hat, haben gleiche Rechte mit den legitimen Kindern desselben. Ist der Tod einer verheirateten Frau durch Arbeitsunfall erfolgt, und sind Kinder unter 14 Jahren vorhanden, so erhält der Vater eine Summe, die dem zweimaligen Jahresverdienst der Frau gleichkommt. Auf teilweise Arbeitsunfähigkeit steht eine Teilrente.

Der Betriebsunternehmer hat für die Kurkosten (Arzt und Medikamente bis 100 Fr.) von Krankheiten und Verletzungen aufzukommen, welche Folgen von Arbeitsunfällen sind. Er muß außerdem drei Monate lang die Hälfte des Lohnes, jedoch nicht unter 1 Fr. und nicht über 2 Fr. 50 Cts. per Tag als Krankengeld zahlen, falls nicht bereits dauernde Arbeitsunfähigkeit konstatiert ist. Es ist vorderhand noch offene Frage, ob neben dem Haftpflichtgesetz noch zwei Artikel des Strafgesetzbuches in Kraft bleiben sollen, welche dem Arbeiter das Recht zusprechen, den Arbeitgeber wegen Unfällen, die Schuld von dessen Unvorsichtigkeit, Nachlässigkeit u. s. w. sind, zur Verantwortung, resp. Entschädigung heranzuziehen. Die Regierung war und ist dafür, daß neben der zivilrechtlichen Haftpflicht die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Betriebsunternehmers stehen bleibt, die Kommission der Kammer erklärte sich dagegen. Die zweite Lesung wird zeigen, wie weit sich die Kammer über die größten Klasseninteressen erheben kann.

Ebenfalls ist noch nicht darüber entschieden, ob die Unfallversicherung der Betriebsunternehmer, welche der zweite Teil des Gesetzes behandelt, obligatorisch oder fakultativ sein wird. Die Regierung ist für Versicherungszwang, die Kammer für Versicherungsfreiheit. Die Unfallversicherung der Unternehmer soll durch „Berufsgenossenschaften“ geschehen, das Personal der in jeder einzelnen versicherten Unternehmer soll nicht unter 3000 Arbeiter zusammen betragen. Die verschiedenen Industrien sind behufs der Versicherung beziehungsweise Gründung von Berufsgenossenschaften in fünf Gefahrenklassen eingeteilt, in denen die Versicherungsprämie pro 1000 Fr. Arbeitslohn 24, 18, 12, 9 und 6 Fr. beträgt. Die zweite Lesung des Gesetzes, welche soden begonnen, wird an seinen Hauptgrundlagen wenig ändern. Ein Großindustrieller und Kohlenbergwerkbesitzer verlangte zwar, die Rente bei Arbeitsunfähigkeit im Verhältnis zu 5 Lohnklassen, die unterste zu 1 Fr. 40 Cts., die höchste zu 4 Fr. pro Tag, auf 50 Cts. bis 1 Fr. 50 Cts. festzusetzen, ferner die Kosten durch departementale Sparkassen, die von Arbeitern und Unternehmern unterhalten würden, aufzubringen. Um seinem Antrag mehr Nachdruck zu geben, fügte er hinzu, daß die Kreise der Industriellen von dem Gesetz „schrecklich entsetzt“ seien; derselbe wurde aber trotz alledem verworfen. Die Sitzung führte zu einem hitzigen Duell zwischen dem Christlich-Katholisch-Sozialen und den Anhängern des Manchesterthums.

Erster waren letzteren vor, daß Dant ihrer Theorien das Kind jedes Arbeiters mit einem Antheil an der Staatskassul von 1000 Fr. und mit einer Steuerpflicht von 100 Fr. geboren würde, daß der Arbeiter Alles 25-30% theurer bezahlen müsse als der Besitzende, da er nur im Detail und auf Kredit einkaufen könne, daß er der Sklave des Unternehmers und ohne alle Freiheit sei u. s. w. Die Wortkämpfer des linken und eintägigen Laissez faire warfen den Christlich-Sozialen wiederum die Zustände in den von ihnen gegründeten Kooperationsgesellschaften an den Kopf, in denen das Trust-System herrscht, so daß die Arbeiter jährlich nicht einmal die Farbe des Geldes sehen. Das Alles ist nicht neu, aber es ist gut, dies so offiziell konstatiert zu wissen.

Für die relative Gerechtigkeit, welche die Kammer dem Unfallgesetz gegenüber zeigt, hat sie sich bei der Behandlung der Frage der Frau und Kinderarbeit schäblich gehalten, „nischützt“. Die Fassung, welche der betreffende Entwurf nach der ersten Lesung erhalten, macht das Gesetz fast wertlos. Die wichtigsten, grundlegenden Bestimmungen der Vorlage sind verworfen, ein Paragraph hebt den vorhergehenden auf oder schränkt ihn ein. Verworfen ward der Normalarbeitsvertrag, sowie das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, verworfen auch der Artikel, welcher festsetzte, daß Arbeiterinnen erst vier Wochen nach erfolgter Geburt eingestellt werden dürfen. Daß der Antrag Wasly-Umbreit auf Einführung eines neunstündigen Normalarbeitsvertrages für Erwachsene (8 Stunden für Minenarbeiter und 6 Stunden für Kinder) mit großer Majorität abgelehnt werden würde, war vorauszusehen. Außer den sogenannten Arbeiterdeputierten, die zur Gruppe der sozialistischen Radikalen gehören, sowie dem Christlich-Sozialen, ist keine Partei für dieselben eingetreten. Der bürgerlich-katholische Pöbel zeigt sich sogar als dessen erbittertester und hartnäckigster Gegner. Der Einfluß der „Gesellschaft der Menschen und Bürgerrechte“, die Allianz mit den Possibilisten, hat die Radikalen nicht einmal vermocht, für ein Gesetz in die Schranken zu treten, das nur der größten Ausbeutung der Arbeiter vorbeugen hätte. — Nebenbei muß hier bemerkt werden, daß sich die Arbeiterdeputierten zwar durchaus fürrethten, und ehrlich und toll für die Interessen ihrer Klasse eintraten, allein sich keineswegs der Aufgabe gemessen zeigten, welche die Diskussion der Frage auf ihre Schultern legte. Abgesehen von seinem christlich-jüdischen Gopse, erwies sich nur der „Christlich-Soziale“ De Run auf der Höhe der Situation. Seiner sowohl inhaltlich wie formell bedeutenden Rede ist es überhaupt zum großen Theil zu verdanken, daß die Kammer wenigstens für das Prinzip der gesetzlichen Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit stimmte, das als Einbruch in die famose „Freiheit der Arbeit“ bekämpft worden war. De Run erklärte das Recht des Staates, in die Produktionsverhältnisse einzugreifen, als Folge der Natur der Arbeit, die eine soziale Funktion sei, gegenseitige Rechte und Pflichten in sich schlicke. Der Staat habe außerdem im Namen der Gerechtigkeit die Schwachen zu schützen, und gegenüber der Macht des Kapitals seien die Arbeiter die Schwachen, da diese sie daran hindere, ihre Lage zu verbessern. Die Freiheit der Arbeit sei nur das Recht des Staates, die Schwachen auszubilden und zu unterstützen. Der einzelne Fabrikant kann die Lage seiner Arbeiter nicht verbessern, da er sonst selbst im Konkurrenzkampf erliegen muß. Ueberhaupt gibt es in Folge der Konzentration der Kapitalien fast keine einzelnen Arbeitgeber mehr, sondern Aktiengesellschaften, die nur an ihren Profit denken, den Arbeiter als ein Instrument betrachten, Frau und Kinder in die Industrie hereinziehen. Der Staat muß das Gleichgewicht herstellen, er muß nicht nur die Frauen und Kinderarbeit, sondern die Arbeit der Erwachsenen und alle Beschäftigung überhaupt regeln. Die Arbeit darf nicht die Entartung der Rasse herbeiführen, denn die Industrie ist um des Menschen willen da, und nicht der Mensch um der Industrie willen.

De Run fügte in seiner Rede noch hinzu, daß er in seiner politischen Stellung von den Sozialisten zwar durch einen Abgrund geschieden sei, aber sich mit ihnen in dem leidenschaftlichen Wunsche begegne, den Arbeitern Gerechtigkeit zu verschaffen. Die Wortkämpfer des Manchesterthums, die Herren Hoës Gurol und P. Wasly, welche bis zum Ueberdruß den alten Drei von der Freiheit der Arbeit, der Freiheit des Individuums wiederholten, zeigten sich der Run'schen Argumentation nicht gewachsen.

Wenn man die Klageklieber dieser Pfaffen der politischen Ökonomie hörte, welche in der Bourgeoispressen mit Lust und Behagen breitgetreten wurden, so mußte man glauben, das Gede der Welt stünde bevor, die Entwicklung der Menschheit, alle Zivilisation sei mit einemmale vernichtet. Frankreich war rettungslos in dem Abgrunde des Staatssozialismus versunken. Sobald sich der Staat einmal herausnimmt, die Arbeitszeit zu regeln, die Kinderarbeit u. s. w. zu verbieten, so werde er — scheidlich zu sagen — sogar noch dabei ankommen, den Lohn zu regeln, ein Minimum einzuführen! Die Arbeit eine soziale Funktion, der Arbeiter ein gesellschaftlicher Beamter? Fi donc, welche Beteiligung aller jerosen Schreiberleuten, die in offiziellen Bureau mit ihrem Hintern die Sessel poliren! Der Staat werde durch seine Intervention den Pauperismus allgemein machen, die Tradition der Revolution sei verrathen u. s. w. In diesen Tonarten piff es aus allen Löchern. Der „Temp“ fand einigen Trost nur in der Erwartung, daß die Fabrikinspektoren nicht streng auf Durchführung des neuen Gesetzes halten würden, denn — „wer wird die Inspektoren überwachen?“ ferner in der Thatsache, daß die Arbeiter, wie sie wiederholt bewiesen, sich selbst nicht viel um die gesetzlichen Bestimmungen kümmern werden. Der „Temp“ hat mit seiner häßlichen Bemerkung ins Schwarze getroffen.

Die Haltung der französischen Arbeiterchaft der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung, sowie verschiedenen älteren Gesetzen gegenüber, beweist ihr geringes sozialökonomisches Verständnis, und die Schwäche der französischen Arbeiterorganisationen, die sozialistischen mit inbegriffen. Die Verhandlungen der besprochenen Gesetze sind an der Arbeiterwelt fast spurlos vorübergegangen. Der hohe agitatorische und erzieherische Werth, welcher der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung, abgesehen von ihren realen Vortheilen für die Arbeiterklasse, innewohnt, ist den Arbeiterorganisationen entgangen. Die so günstige Gelegenheit für Agitation und Propaganda unter der indifferenten Masse mittels eines Themas, das deren kritische Interessen berührt, ist nicht ergriffen, nicht ausgenutzt worden. Welches Leben, welche Energie haben nicht unter den gleichen Umständen die englischen Arbeiterorganisationen gezeigt, welche imposante Bewegung inspirierten ihre amerikanischen Schwestern zu Gunsten des achtstündigen Normalarbeitsvertrages? Hier herrscht Stille über den Gewässern. Sämtliche Arbeiterkongresse, gemeinschaftliche wie sozialistische, glauben ihrer Pflicht damit genügt zu haben, daß sie in ihren Resolutionen prinzipiell Stellung zu den betreffenden Fragen nahmen.

Der gegenwärtig tagende Regionalkongress des Centrums J. A. hat die Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung auf seinem Programm stehen, es sind sehr schätzwerthe Berichte über das Thema verlesen worden, und damit ist der Pflicht genügt. Die hohe Politik nimmt alle Kräfte in Anspruch, der „Antiboulangerismus“ macht eben eine vielseitige Agitation durch das ganze Land nöthig. Was sollte auch sonst aus der republikanischen Konvention, dem Kabinett Floquet und der Republik werden? Auch die Arbeiter- und sozialistische Presse hat die Fragen in durchaus oberflächlicher und ungenügender Weise behandelt.

Die Arbeiterorganisationen hätten bei dieser Gelegenheit nicht nur ihre Verhältnisse, sondern auch ihre Kraft, ihren Einfluß zeigen können. Bei dem geringsten Nachdruck, den sie dem Gesetz durch eine Bewegung der Masse, durch ihr eigenes Auftreten gegeben, hätte die Kammer viel weitergehende Bestimmungen als die jetzt beschlossenen annehmen müssen. Die Wirkung ihrer Thätigkeit wäre eine um so größere gewesen, als die aktuelle politische Situation der Haltung der Arbeiterchaft großen Werth beilegt, jede politische Partei im Interesse ihrer Selbsterhaltung gewungen ist, die eventuelle Bundesgenossenschaft der Arbeiter durch Konzeptionen zu erkaufen.

Ueber den erwähnten Kongress und die skandalöse Aufführung der Kohlenbarone von Rives-de-Giers das nächste Mal. O-n.

Sozialpolitische Mundschau.

Jülich, 26. Juni 1888.

— Die Thronrede Wilhelm II. Bergangenen Montag waren die „Vertreter Deutschlands“, d. h. der vermittelst Bismard-Puttamer'schen Wahlertasse, Melinitomben, Holzaraden und Kriegsfurcht zu Stande gekommene Reichstag im Weißen Saal zu Berlin versammelt, um den Worten des neuen Kaisers zu lauschen.

Die Vertreter des Proletariats, die Bevollmächtigten des arbeitenden, dafür aber geknechteten und ausgebeuteten Volkes, die sozialdemokratischen Abgeordneten, hielten sich selbstverständlich für zu gut, diese Komödie mitzumachen.

Und eine richtige Komödie war es; nachdem das gesammte Reptilgeheißel auf höheren Befehl der Welt das ihr bevorstehende Heil mit Pauken und Trompeten angekündigt, erschien der junge Mann, umgeben von seinen Basallen, pardon den sogenannten Verbündeten, um dem Reichstage, resp. der Welt zu erzählen, daß er in die Fußstapfen seines Großvaters treten werde. Als ob irgend Jemand daran gewweifelt hätte.

Die Bekrönung seiner Friedesblinde lönt aus jeder Zeile der Wilhelm'schen Kundgebung heraus, natürlich fehlt jedoch die abgenutzte Einschränkung nicht, wenn wir nicht durch einen „unchristlichen Angriff“ genöthigt werden, das Schmet zu ziehen. Nun, man weiß, wie leicht sich „Angriff“ fabriziren lassen, die preußisch-deutsche Geschichte ist nicht arm an, durch „Angriffe“, erzwungenen Verteidigungskriegen mit obligater Vermehrung des Bestes.

Auch die „Sozialreform“ des alten Wilhelm, oder vielmehr seines Hausmeiers, soll fortgesetzt werden, so steht's in der Thronrede.

Die „hundert Tage“ Friedrich's III. sollen so schnell als möglich aus dem Gedächtnis des Volkes getilgt werden und, anknüpfend an die Regierung des Großvaters, rückt sich der Enkel auf die Nacht der Bajonette, gleich ihm so dert er militärische Großmannstucht und Ehrliche Scheinheiligkeit.

Der Bismard'sche Schwindel mit der „Sozialreform“ wird weiter getrieben, die Ausgleichung der gesellschaftlichen Gegensätze“ zwar versprochen, aber durch die brutalsten Maßnahmen gegen die arbeitenden Massen gewalttham verhindert, und jeder Versuch, die Lage der Volksmassen zu verbessern, durch den vollständig im Banne der kapitalistischen Produktionsweise lebenden und aus ihr seine Millionen zusammen-scharennden „eisernen Kämmler“ im Keime erstickt.

Nach dieser Richtung hin lassen die dem deutschen Volke von seinem neuen Kaiser verordneten Regierungsgrundsätze an Offenheit nichts zu wünschen übrig.

Wilhelm II. hält es für geboten, die faacliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Bahnen der Gesellschlichkeit zu erhalten, und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Festigkeit entgegenzutreten.

Gut geklückt, Löwe! Aber in einfacher verständliches Deutsch übersezt, heißt das nichts weiter, als die bestehenden Zustände werden verewigt und der Ausbeutung der Millionen durch die Einzelnen wird die feierlichste Sanktion erteilt. Wie könnte es auch anders sein; ruht doch die Möglichkeit der dynastischen Herrschaft auf der Willkürigkeit der Bourgeoisie, und diese wieder opfert einen Theil ihres Raubes, welchen sie aus dem Mark des Proletariats saugt, einzig nur deswegen, um unter den schützenden Fittigen des kaiserlichen Karls ungehindert weiter brand-schagen zu können.

Deshalb muß die „staatliche Ordnung“ aufrecht erhalten werden, und deshalb wird der einzig prinzipielle, das geschundene und verrathene Volk vertretenden, oppositionellen Partei in Deutschland, der Sozialdemokratie, schon in den ersten Worten des jugendlichen Hohen-zollern die Verhöhnung des insamsen aller Gesetze angekündigt.

Und überdies dies nicht; es war nach dem bisherigen Auftreten deselben vorauszusehen.

Auf der einen Seite Frömmel, auf der andern Brutalität — dies ist die Signatur, unter der sich die Regierung Wilhelm II. ankündigt. In den Reihen der Sozialdemokratie hat man nichts Anderes erwartet, es wird also auch keine Enttäuschungen geben und je ärger es der 29-jährige Herrscher von Gottes Gnaden treibt, je schneller wird er die Katastrophe herbeiführen.

— Bei der ersten Fahrt nach Berlin, die Wilhelm II. mit seiner Frau machte, fand sich auf der Charlottenburger Chaussee, beim großen Stern, an einem Baum, ein in tiefer Trauer geküßter, mit Crepe-Schleifen decorirter ledter Vater aufgehängt, an dessen Hals sich ein Paar papierner Pfaffen-Büscheln mit folgender Inschrift befanden:

„Ich bin Dein Vater!
„Regierst Du wie Dein Vater;
„hängst Du wie dieser Vater!“
Bleibst Du der Verfasser?

— „Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen“ — das hat, laut seinem Erlaß an das preußische Volk, Wilhelm II. „Gott gelobt“, und demgemäß eine Deputation der Behörden Berlins darauf aufmerksam gemacht, daß man „neben den schönen Gebäuden für Schul- und Krankenhäuser auch den Bau von Gotteshäusern ins Auge fassen sollte“. Auch diese seien „eine Bierde der Stadt“.

So werden wir wohl bald die Kirchen wie Bisse aus der Erde schließen und die Errichtung von „Schulpalästen“ entsprechend abnehmen sehen. Was nützt auch alle Bildung, alles Wissen, wenn die wahre Gottesfurcht fehlt!

Diese ist die Hauptsache, nur sie macht gute Menschen und nützliche Staatsbürger. Viel wichtiger, als dem Volk die Elemente der Natur-

wissenschaft, die Kenntniß der physikalischen Gesetze u. s. w. beizubringen, ist ihm immer und immer wieder die zehn Gebote einzuprägen. Nur so wirkt man der eingerissenen Sittenerberrnis entgegen.

Da ist zum Beispiel das vierte Gebot: „Du sollst Vater und Mutter ehren, auf daß es Dir wohlergeht und Du lange lebest auf Erden.“ Man sollte es gar nicht glauben, aber es ist Thatsache, daß in manchen Schichten der Bevölkerung dasselbe vollständig vergessen zu sein scheint. Erst in jüngster Zeit ist uns in dieser Hinsicht von durchaus zuverlässiger Seite eine Geschichte berichtet worden, die geradezu als klassischer Beleg dafür dienen kann. Wir wollen sie daher im Interesse der guten Sache hier weiter mittheilen.

In einer ziemlich gut situirten Familie — nennen wir sie, um Niemand zu nahe zu treten, mit dem möglichst allgemeinen Namen Schmidt — war der Vater schwer erkrankt und weckte fernab von der Heimath in einem Kurort. Immer trübere Berichte liefen über seinen Zustand von den Ärzten ein, so daß die Angehörigen auf das Schlimmste gefaßt sein mußten. Meinungsverschiedenheiten herrschten eigentlich nur darüber, ob die Katastrophe unmittelbar bevorstehe, oder ob sich das Leben des Vaters noch durch sorgsame Pflege um etliche Monate werde verlängern lassen.

Als eines Tages wieder ganz besonders schlimme Nachrichten eintrafen, reiste der älteste Sohn per Extrazug zu seinem Vater. Es handelte sich darum, geschäftliche Angelegenheiten, über die wir hier schweigen wollen, zum Austrag zu bringen. Man hätte aber auch meinen dürfen, die natürliche Liebe des Kindes zu seinem Vater habe den Sohn dazu getrieben, seinen Vater noch auf dem Sterbelager zu besuchen. Wirkliche Trauer, tiefempfundenes Mitgefühl veredeln ja selbst Barbaren.

Auf seiner Reise berührte der Sohn eine Stadt, in der ein Arzt wohnte, der für die Behandlung der Krankheit, an der der Vater litt, einen besonderen Ruf genöth und der deshalb auch an das Krankenbett gerufen wurde. Er sollte den Sohn auf der Reise begleiten. Erstens Sinnes betrat der Jünger Kestulap's — nennen wir ihn L e h m a n n — zur festgesetzten Zeit den Salonwagen, mußte er doch annehmen, einen vom Schmerz tiefgebeugten Jüngling anzutreffen. Er bereitete sich vor, zu trüben, soweit ihm sein medizinisches Gewissen es gestatten würde. Wer schüßert daher sein Erschauen, als er den Sohn des hoffnungslos Kranken, statt in Schmerz versunken, mit zwei Begleitern in aller Gemüthsruhe das Spielplatz aller Kriegsbrüder — Stat spielen sah? Und die erste Kunde, die der Sohn des Todtkranken an den Arzt seines Vaters richtete, war nicht etwa, wie man meinen sollte: „Ist noch Hoffnung, meinen Vater zu erhalten?“ sondern die mit großer Seelenruhe hingeworfene Frage: „Spielen Sie auch Stat?“

Und da der Arzt die Frage bejahen konnte — welcher Besucher deutscher Universitäten vermag es nicht? — wurde er eingeladen, in die Partie einzutreten.

So küßerte sich die Besorgniß um das Leben des Vaters.

Aber noch mehr.

Im Verlauf der Weiterfahrt setzte der Sohn dem Arzt auseinander, um was es sich eigentlich noch handelte. Es komme darauf an, auf Grund ärztlicher Zeugnisse den Vater zu Schritten zu veranlassen, die daraus hinausliefen, den Sohn in Stand zu setzen, unter gewissen Voraussetzungen das Erbe seines Vaters schon zu dessen Lebzeiten anzutreten, diesen noch vor seinem Ende zum toden Mann zu machen. Der Vater aber, und ganz besonders die Mutter, wollten davon absolut nichts wissen, die letztere gebe die Hoffnung noch immer nicht auf, ihren Mann zu retten, und müsse unbedingt zur Raison gebracht werden. „Vor allem, Dr. Lehmann, bitte ich Sie,“ sagte Schmidt junior, „retten Sie mich vor der Wuth meiner Mutter.“ Der gute Sohn hatte nämlich so sehr die kommenden Ereignisse vorweg genommen, daß er kurz zuvor demonstrativ mit einem Mann fraternisirt hatte, von dem er wußte, daß er den Eltern im Innersten verhaßt war.

Ist ein solches Benehmen nicht ein wahrer Hohn auf das vierte Gebot? Wünschen wir daher Wilhelm II. Glück dazu, daß er sich entschlossen, in dieser Hinsicht bessernde Hand anzulegen.

— Auf dem Gebiete der Genialität gibt es jetzt Konkurrenz. Wir haben jetzt neben oben und unter unserem „genialen“ Kaiser auch einen „genialen“ Kaiser. Es ist natürlich der „neue alte Zeit“. Er wird gleich diesem „der erste Diner des Staats“ sein (ein Citat, das beiläufig die Herren Fortschrittler ganz entzündet hat); er hat entdeckt, daß Berlin die erste Stadt der Welt ist — also auch der Welt; die Hauptstadt der Welt zu werden — die nur eine Fehler hat: nicht genug Kirchen zu besitzen; und wer nach diesen erstaunlichen Leistungen noch zweifeln wollte, daß der „alte Zeit“ in verjüngtem — Maßstab hätten wir fast gesagt — in verjüngtem Leibe und verbesserter Auflage auf dem preußisch-deutschen Thron sitzt, dem muß es dieser Tage klar geworden sein — seit der Kaiserlich-Königliche Hofmarschall es feierlichst der Welt verkündet hat, daß der neue Kaiser gar keine Blume bevorzugt, und gar kein Blumenfreund ist. Wir sprechen selbstverständlich nicht von künstlichen Blumen. Kein Blumenfreund! Nun ist die Nechlichkeit perfekt! Der alte Zeit schaupte entseztlich und hatte keine Spur von Veruch. Zwischen dem Gestank einer Kaserne oder eines Pferdestalls und dem Duft eines thranigen Juminorgens konnte er keinen Unterschied machen. Und dem neuesten Kaiser ergeht es ganz ebenso. Kurz — Friedrich der Große sitzt wieder auf dem Thron! Fridericus magnus Rodivivus.

Was kann aber auch ein „Soldat“ für Vergnügen an Blumen haben? Mit Blumen kann man keine Kanonen loschießen, und keine Hülsen laden. Mit Blumen kann man Niemand todtschlagen — höchstens Jemanden erstickt, wie es weiland dem alten Voltaires be-nähe passirt wäre, als er — bei seiner letzten Triumphfahrt durch Paris so mit Rosen bombardirt wurde, daß er abwehrend ausrief: Vous m'etouffez sous des roses! Ihr erstickt mich unter Rosen!

Auch nicht einmal Kommissbrot kann man von Blumen baden. Da sind die figürlichen Blumen doch nützlicher. Sie sind zur Soldatenfabrikation unentbehrlich; sie liefern wenigstens das „Kochmaterial“ für die Kaserne.

Kropos, die Thronrede am Landtag war etwas jivillirter als der dem Reichstag verlesene Maß, denn auch der neueste Kaiser kaum in der Lage gewesen sein wird, zu begreifen, wach miserabler Eindruck seine früheren „Ausprägungen“ gemacht haben, so wird es ihm wohl von seinem Hausmeier und Hofmarschall begreiflich gemacht worden sein.

Zwanzigfaches wird lustig gegen Frankreich gesetzt. Kein Tag vergeht, ohne daß deutsche Gendarmen oder Soldaten die Grenze verlegen. Durch solche Raubzüge sollen die Franzosen gereizt werden. Dazu kommen noch die Studenten-Rümpelien in Freiburg und München — die Ausweisung französischer Journalisten und last not least der Landesverratshörsprozess, der nächste Woche bei vollster Deffentlichkeit, in obligator Journalistischer Juderretung vom Leipziger Reichsgericht verhandelt werden wird, um den Deutschen zu zeigen, welches Gestalt diese Franzosen sind, und wie wunderbar friedlich der deutsche Reichskämmler ist, daß er dem Gestindel nicht schon längst „die Hosen ausgeklopft“ hat.

Und wenn nun die biederen L o d - S p i e l in Frankreich gute Arbeit verrichten und ein paar deutsche Patrioten von Franzosen — durch-prügeln lassen — dann kommt allmählig die richtige Stimmung!

So wird's gemacht.

— „Der erste Schritt auf einer abschüssigen Bahn, deren Ausgangspunkt der Verlust der Freiheit bedeutet“ — so nannten unsere vier Ausgewiesenen in ihrem Abschiedsmort den Sozialstreik, der sie aus der Schweiz getrieben. Dem ersten Schritt folgen naturgemäß weitere. Das System der preußisch-deutschen Polizeikorruption, das seine Wähe in den Bismard-Puttamer'schen Kräger, F r i n g - R a h l o w, R a y o r r a, S c h r ö d e r, Haupt, H e i n r i c h, Ehrenberg und tutti quanti treibt, lebt sich auch in der Schweiz allmählig recht häßlich ein. Die „politische Polizei“, die angeblich zur Ueberwachung der Spitze notirt wurde, wuchert, wie alle Schmarotzerpflanzen, nicht bloß auf dem Nährboden der preußischen Lockspindel, sondern gedeiht auch recht üppig auf dem offenen, freien Felde der Arbeiterpropaganda. Man sieht das wieder aus einer Korrespondenz, die der „Schweizerische Sozialdemokrat“ in seiner neuesten Nummer veröffentlicht:

Als der Bundesrath gegen die Anarchisten und Polizeispindel ein-schritt, hatte er unbeschränkt die große Mehrheit des Schweizervolkes auf seiner Seite; als er gegen Reklamation und Verlog des „Sozialdemokrat“ vorging, waren die Meinungen getheilt. Man hätte ein weniger schroffes und mehr gerechtes Verfahren gemünst, entschuldigte aber Manches mit

der äußeren Stellung der Schweiz. Nun scheint aber die Bundesbehörde allmählich auf einen Weg zu gerathen, der denn doch Kopfschütteln erregt. Heute begnügt man sich bereits nicht mehr mit Anarchisten, Polizeispähnen und heillosigen Verbrechern, sondern es wird nun Jedermann, der überhaupt über soziale Dinge an irgend einer Versammlung spricht, unter Polizeiaufsicht gestellt! So lesen wir es gedruckt, schwarz auf weiß, in einer Polizeiverordnung. Wir trauten unsern Augen kaum, aber es ist leider traurige Wahrheit, daß die Polizei in'statuirt worden ist, alle öffentlichen und geheimen Versammlungen, in welchen über soziale Fragen diskutiert wird, inskünftig streng zu überwachen und über alle gehaltenen Reden an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zu rapportiren! Diejenigen Redner, welche sich nicht über den Bestz eines Bürgerrechts ausweisen können, sollen unter besondere Polizeiaufsicht gestellt werden. Das riecht ja ganz preussisch! Welch Vergnügen muß es inskünftig für Diejenigen sein, welchen die Besserstellung der arbeitenden Klassen am Herzen liegt, wenn sie öffentlich wirken und reden wollen, fühlen zu müssen, daß sie polizeilich bewacht werden, so daß man vielleicht aus reinem Dienstlicher ihre Worte verbrennt und eine Denunziation daraus schmiedet. Welche prächtigen Rapporte muß es bei der Qualifikation der Mehrzahl der Polizeisoldaten geben! Sind wir wirklich in der Schweiz so weit gekommen, daß man dem freien Bürger einen Maulknecht anhängen will? Ja, dann allerdings bliebe uns nichts Anderes übrig, als den Bundesrath abzuhängen und den Herrn Puttkamer zum Diktator der schweizerischen Republik auszurufen!

Im Interesse der schweizerischen wie der Arbeiterbewegung überhaupt kann man diese Art „Sozialreform“ nur begrüssen. Die Erste wird die Letzte sein wie in — Deutschland. Gleiche Ursachen erzeugen gleiche Wirkungen.

Die jüdische Verlogenheit der heutigen Gewalthaber in Deutschland kennzeichnet sich durch das schändliche Fälschungsspiel, welches mit der ehrlichen deutschen Sprache getrieben wird. Wir deuteten schon früher auf dieses Moment hin, das sich allerdings auch in andern Ländern findet, jedoch nirgends so ausgebildet, wie in dem Bismarck'schen Deutschland. Daß Parteien und Regierungen Worte, die einen guten Klang haben, für sich beschlagnahmen und ihnen einen ganz anderen Sinn unterlegen, das kommt überall vor. Allein, wie gelang, nirgends wird dieses System der Fälschung, dieses auf den Kopfschütteln der Begriffe des Sprachgebrauchs so schamlos und so planmäßig betrieben, wie in Deutschland. Es ist das eine der „Eigentümlichkeiten“ des Fürsten Bismarck, die er aus der Göttinger Korpskneipe ins politische Leben eingeführt hat. Es gehört nämlich seit Jahrhunderten zu den köstlichen Späßen der rohesten Studentensorte, die handgreifliche Unwahrheit zu sagen und — Zustimmung zu fordern. Wenn z. B. die Sonne recht stehend scheint, sagt der betreffende Saufwüthbold zu Jemand, der geirrt werden soll, mit der ernstesten Miene von der Welt: es ist heute kräh und kalt! und wird dem nicht beigeplücht, so erklärt er dies für eine Verleumdung und verlangt „Genugthuung“.

Bismarck hat im Reichstag schon Dutzende solcher „genialen“ Späße gemacht. Zum Beispiel an jenem Tag, wo er dem armen fortgeschrittenen „Landrath“ Baumbach Wahlbeeinflussung vorwarf, weil derselbe keine Wahlbeeinflussung trieb, wie die Bismarck'schen Landräthe, bei Strafe der Köstung sie zu üben gehalten sind.

Eines der schönsten Stücke in dieser Kunst ist die „Denkschrift“, durch welche der Puttkamer sich bei dem vorigen Kaiser gegen den Vorwurf der Wahlbeeinflussung verteidigte. In diesem köstlichen Schriftstück debattirte der Puttkamer mit dem ihm eigenen Pathos, er — der Puttkamer — habe die Wahlfreiheit stets auf das Raschbrüchliche gegen die — fortschrittliche und sozialdemokratische Wahlbeeinflussung verteidigt! Dem vorigen Kaiser gefiel die Debatte nicht, und er jagte den Arbeiter zum Teufel, hier eigentlich zu seinem Sohn, der ihn wohl wieder in Amt und Würden bringen wird.

Von seinem Standpunkt aus hat aber der Puttkamer ganz recht. Wahlfreiheit muß sein. Das Wort hat einen so vortrefflichen Klang! Was würden die Eplesbürger sagen, wenn der Wahlminister, Bismarck's Betler und Hausknecht für alle schmutzigen Arbeiten, erklären wollte: „Wir sind Feinde der Wahlfreiheit! Die bumm und plump das wäre. Im Gegentheil! Wir Schwärmer für die Wahlfreiheit! Nur nach sie richtig aufgefaßt werden. Wahlfreiheit, die wir meinen!“ Die läche, wahre Wahlfreiheit, die darin besteht, daß der Wähler so wählt, wie sein wohlverstandenes Interesse es erheischt. Und da der brave Reichsbürger mit seinem beschränkten Unterthanenstand seine Interessen nicht so gut kennt und versteht, wie der zum Gärtner geführte Bod Puttkamer nebst seinen Bettern, Schwägern und der läubigen Junker- und Pfaffenpöpsel, so hat die Wahlfreiheit sich darin zu äußern, daß der brave Reichsbürger so stimmt, wie die Regierung — der Bundesrath, Regierungsrath u. s. w. — es vorschreibt. Kommt aber so ein staatsfeindlicher Sozialdemokrat oder Fortschrittler, der den braven Reichsbürger verhindern will, seine Wahlfreiheit zu betätigen, daß er für den Regierungslandkandidaten stimmt, — so muß die Regierung die bedrohte Wahlfreiheit beschirmen, und den Feinden der Wahlfreiheit und der Regierung das Handwerk legen. Nichts kann logischer sein.

Glaube der Leser ja nicht, daß wir uns hier einen Scherz erlauben haben. Was wir als Inhalt der Puttkamer'schen Denkschrift mittheilen, entspricht vollständig den Thatsachen; wir haben bloß die Form schärfer hervortreten lassen: im Wesentlichen ist dies nicht bloß genau der Inhalt der Puttkamer'schen „Denkschrift“, sondern auch das ganze Bismarck'sche Regierungsprogramm für die nächsten Jahre — das Regierungsprogramm, nach welchem — mit steigender Wahrsinnigkeit und Energie — bei den bisherigen Wahlen verfahren worden ist, und nach welchem bei den nächsten Wahlen verfahren werden wird.

Wir haben da überhaupt die Schablone Bismarck'scher Politik und Praxis. Und jeder Quartaner, der die Schablone hat, kann darnach arbeiten. Man nehme z. B. „Das Wohl des armen Mannes“. Das ist toll. Wahlfreiheit ist Wahlbeeinflussung. Der arme Mann ist der reiche Mann. Katz — man stellt den Begriff auf den Kopf und le jou est fait — das Kunststück ist gemacht. Die Fürsorge für den armen Mann ist — daß ihm die Taschen vollends geleert und die plebejischen Arbeitergroßen — in die Taschen der aristokratischen Junker befüllt werden, die besser damit zu wirtschaften wissen, als die dummen armen Leute, und außerdem für die dummen armen Leute weit besser sorgen, als diese selbst es vermögen.

Jeder unserer Leser kann die Schablone beliebig auf jede beliebige Regierungspraxis des eisenhärtnigen Kampfers, auf die leitenden Prinzipien der deutschen Justiz anwenden — die Schablone wird sich in allen Fällen bewähren.

Vielleicht machen wir uns gelegentlich wieder einmal das Vergnügen, einige Prebden zum Besten zu geben.

„Einer der Hauptagitatoren der Sozialdemokraten in Mainz ist nach Verübung eines Einbruchdiebstahls flüchtig gegangen. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Entflohenen, der seine Familie in bitterster Noth zurückgelassen hat“ — also lesen wir in Ordnungsbüchern. Wir kennen besagten „Hauptagitator“ nicht, hätten aber doch nach karlelsbrückerem Rezept so viel gestohlen (à la Winkelmann und Jerusalem, ordnungsmäßig und industriell ritterlichen Angebens), daß für seine Familie etwas Ordentliches abgefallen wäre. Uebrigens hoffen wir, die Noth möge nicht erlösen sein. Dann gibt es doch wenigstens einen sozialdemokratischen „Agitator“ (ja „Hauptagitator“), welcher würdig ist, von Kaiser Wilhelm II. begnadigt zu werden.

Der Staatsanwalt, welcher den unglücklichen Diebste auf's Schaffot brachte und dabei den Eifer und Blutdurst, wenn auch nicht den Scharsinn eines Schweinehundes an den Tag legte, wurde bekanntlich bald nach der Hinrichtung seines Opfers grüßelhaft — wie vor ihm schon so viele Menschenjäger ähnlichen Kalibers in Frankreich, Deutschland und andern Ländern. Er befindet sich jetzt, als unheilbar Kranker, in der Irrenanstalt des Herrn Dr. Edel in Charlottenburg. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte vor Kurzem ein interessantes Interview über einen Besuch in jener Anstalt und ein Gespräch mit dem kranken Staatsanwalt. Der Geist dieses verlorne Menschen — Zweifel an der Schuld des Unglücklichen, den er dem Tod überantworten will, in ihm und die prophetischen Worte des foren verurtheilten Diebes: „Herr Staatsanwalt, Sie werden kein Todesurtheil mehr beantragen!“ haben sich tief in die Brust des gerichtssten Menschen-

jähers und Mörders gehohlet und sind ihm zur Justitruhe geworden — selbst im Irrenhaus, das sonst den Frieden der Unbewußtheit gibt. Dieser Verbrecher — Fresser heißt er — hat in seiner Selbstnacht die Folterqualen der Dante'schen Hölle zu ertragen.

Der St. Gallener Parteitag saßte beifällig mit Einstimmigkeit folgenden Beschluß:

„Der Parteitag fordert die Genossen auf, der Flucht von Parteigenossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnisstrafen möglichst entgegenzutreten und eventuell jede materielle Unterstützung zu versagen.“

Die Bedeutung dieses Beschlusses scheint von den Genossen nicht überall erkannt worden zu sein, oder doch nicht genügend gewürdigt zu werden. Es ist auch nach dem Parteitag vorgekommen, daß Genossen, denen eine Gefängnisstrafe drohte, die Flucht ergriffen haben. Et liegt in einem solchen Vorgehen ein Mangel an Muth, wie ein Sozialdemokrat ihn niemals bekunden sollte, und eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Genossen, welche den Solidaritätsbegriffen der Sozialdemokratie in's Gesicht schlägt.

Wie uns mitgetheilt wird, herrscht hier und da die irrige Auffassung, der Parteitag habe bestimmt, daß nur solche Prozesse, in denen eine längere Gefängnisstrafe — bis zu sechs Monaten — verhängt sei, oder verhängt werden könne, unter den Beschluß fallen sollten. Wir können jedoch nicht glauben, daß eine solche Auffassung wirklich besteht. Dätte der Parteitag den Beschluß in diesem Sinne gefaßt, dann wären thatsächlich alle diejenigen Genossen, die größere Strafen zu befürchten haben, der Staatsanwaltschaft gegenüber für vogelfrei erklärt und nur diejenigen hätten Vortheil, die geringfügige Strafen zu erwarten hätten. Das wäre ja ein absoluter Widerfann!

Die schmuckvolle Kera der Majestätsbeleidigungen kommt seit dem jüngsten Thronwechsel in Deutschland wieder in Blüthe. Wie im Jahre 1878 das Denunziantentum bis in die sogenannten höchsten Kreise der Gesellschaft seine Ableger sandte und in dem Münchener Akademieprofessor Pilloy, der einen tojähigen Greis, Dr. Treppenbach, persönlich benutzte, seinen charakteristischen Typus fand, so erstehen auch heute bereits wieder die Denunzianten aus den Reihen der „besseren“ Gesellschaft. Daß Spitzel und anderes Polizeigesindel in streberhaftem Eifer nach Beförderung die Ohren steift und, wo es nichts hört, provoziert, läßt und lägt — ist eine so selbstverständliche und nirgends bestrittene Thatsache, daß man darüber kaum ein Wort zu verlieren braucht. Reizender für die fortgeschrittenen Genossenverleumdung unserer bürgerlichen Gesellschaft ist die Refrutierung dieses elenden Denunziantentums aus ihren Reihen und ihre Stellungnahme diesem gegenüber. In Wilhelmshaven benutzte der Stadtverordnete Schindler den Rathsherrn Poppr auf Majestätsbeleidigung. Ein Stadtverordneter, Schröder, stellte ihn in öffentlicher Sitzung zur Rede, und auf das frohe Zugelächeln Schindler's erklärte er, daß er eine solche Handlungsweise gemein nenne und den St. B. Schindler, der sich zum Denunzianten erniedrigt habe, für unwürdig erkläre, dem Kollegium weiter anzugehören. Er könne unmöglich mit einem Denunzianten an einem Tische sitzen und beantrage deshalb, den pp. Schindler von der Sitzung auszuschließen. Auf einen Ordnungsruf des Präsidenten hin wiederholte Schröder sein Wort und verließ die Sitzung. Nur drei Kollegen folgten seinem Beispiele, alle übrigen traheten und traheten gemeinsam mit dem Denunzianten, trotzdem seine Denunziation sich als fälschlich herausgestellt hatte, ja sie wählten ihn sogar noch in eine Kommission!

Also so haat jeden Ehrgeiz sind diese Vertreter des ehrenwerthen Rittersandes, des Bürgerthums par excellence, daß sie sogar das Gefühl für die Schändlichkeit solcher Schurkerei verloren haben, und eine so ehrsche Handlung als selbstverständlich und wohl verträglich mit dem „Ehren“amt eines Stadtverordneten halten.

Für diese „Blüthe des Volkes“ ist die heutige „Spitze“ der Nation wirklich prädestinirt. Der plorische Hohenzollern hat im Oranienwald seine Rachgüter! Tol maistre, tol valet — „Wie der Herr, so's Scher.“

Ein kräftiges und deutliches Wortlein spricht zur rechten Zeit der „Schweizerische Sozialdemokrat“ an die Adresse des Berner Bundesrathes. In Rationalrathes sitzen nämlich die Herren Decurtius und Jaxon folgenden Antrag eingeleitet:

„In Erwägung, daß eine Reihe von Staaten bereits eine Arbeitergesetzgebung besitzen oder anstreben, die von Gesichtspunkten ausgeht und Tendenzen verfolgt, welche auch diejenigen der schweizerischen Arbeitergesetzgebung sind, wird der Bundesrath eingeladen, sich mit jenen Staaten in Verbindung zu setzen, um durch internationale Verträge oder eine internationale Arbeitergesetzgebung hinsichtlich 1. der Schutzes minderfähiger Personen, 2. der Bekämpfung der Frauenarbeit, 3. der Sonntagsruhe und 4. des Normalarbeitstages gleichartige gesetzliche Vorschriften zu erlassen.“

Der Bundesrath erklärte sich mit dieser neuen Anregung einverstanden. Bekanntlich hatte er schon früher einen diesbezüglichen Auftrag von der Bundesversammlung erhalten, wor über in seinen „diplomatischen Schritten“ nicht weiter gekommen, als zu einer sehr bescheidenen Anfrage bei den in Frage kommenden fremden Regierungen, ob sie geneigt seien, zu einer internationalen Regelung der Fabrikgesetzgebung die Hand zu bieten. Die Antworten, soweit überhaupt solche einliefen — der Rufstank auf dem Gebiete der Frauen- und Kinder-Ausbeutung, Belgien, gab gar keine Antwort, die Republik Frankreich und das industriell so hoch entwickelte und auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung voranschreitende England ertheilten ablehnenden Bescheid, nur Oesterreich war bezeichnender Weise das einzige Land, das im Prinzip wenigstens sich zustimmend äußerte — waren solcher Art, daß der Bundesrath, wohl kaum mit besonderem Schmerzen Herzen, die Gelegenheit benutzte, die ganze Frage auf eine Reihe von Jahren hinaus schieben zu lassen. Durch die Motion Decurtius-Jaxon wurde sie nun zu neuem Leben gewacht, und Herr Bundesrath Deucher, ein Mann, der an seine diplomatischen Fähigkeiten mit derselben Ueberzeugungskraft glaubt, mit der andere Leute sie skeptisch kritisieren, benützte die Gelegenheit zu einer Standrede gegen die Arbeiter, die auf diesem „praktischen Boden“ (des Rathens und des Hin- und Hergehens und Verdrüßelndens) mehr erreichen könnten als auf dem „ideologischen“ der Arbeiterverbrüderung und des internationalen Emanzipationskampfes. Als Antwort auf diese fassante Rede reicht seinem Siebentel-Landesboten der „Schweizer Sozialdemokrat“ folgende „Schweizer Pöpsel“:

„Bundesrath Deucher erklärte, daß der Bundesrath uns dieser Anregung einverstanden sei. Der Bundesrath hofft, von der schweizerischen Arbeitererschaft in dieser Frage kräftiger unterstützt zu werden, als dies bis anhin der Fall gewesen sei. Deucher erklärte ferner, daß das für unsere Arbeiter ein würdigeres Arbeitsfeld und für sie von größerem Nutzen wäre als die Beschäftigung mit sozialistischen Theorien.“

Herr Bundesrath Deucher will eine internationale Arbeitergesetzgebung, aber keine sozialistische Theorien! Das ist so klar zu den Arbeitern gesprochen, daß es eigentlich überflüssig ist, die Worte zu kommentiren. Die Herren Bundesräthe, seit sie sich in der Sozialistischen, vulgo -Ausweisungen, an den breiten Schichten der intelligenten Arbeiterbevölkerung die Nase verstoßen, haben nunmehr einen so großen Widerwillen gegen Alles, was sozialistisch sich nennt, daß sie es am liebsten ausrueten möchten wie Unkraut.

Die Arbeiter streben schon lange nach einer internationalen Arbeitergesetzgebung. Wenn bis jetzt noch Alles beim Alten ist, so sind die Arbeiter nicht daran schuld. Der Bundesrath unterhält „hygienische Beziehungen“ mit dem Ausland, hat allüberall seine diplomatischen Vertreter, und doch hat er es noch nie zu Stande gebracht, in der internationalen Arbeitergesetzgebung auch nur den geringsten Anfang zu bemerklichen. Es ist leicht, die Schuld auf die Arbeiter zu werfen; aber lese man die Arbeiterblätter, die Arbeiterprogramme seit Jahren, so wird man überall dem Rufe nach einer solchen Gesetzgebung begegnen. Taube Ohren hören nicht und andere wollen oft nicht hören, das erwidern wir dem Herrn Bundesrath Deucher auf seinen Warnung.

Die aber denkt Herr Deucher die Mühsäße der Arbeitererschaft? Aus seinen Bemerkungen könnte man fast schließen, die Arbeiter müssen zuerst ihre sozialistischen Ideen verlassen oder abschwören, und wie die

Herde ihrem Hirten sanft und ergeben dem Bundesrath folgen, nur nach seinem Rathschlusse fühlen, denken, reden und beten oder bitten.

Nachdem wir unsere oberste Bundesbehörde einmal erkannt haben, nehmen wir von ihr keine Rathschläge an; es ist genug, wenn dies ein Theil der Bundesversammlung thut. Wir finden den Rath ohne diese Strategen auf dem politischen und wirtschaftlichen Terrain. Wir werden den Bestrebungen zur Bewirkung einer internationalen Arbeitergesetzgebung sympathisch entgegenkommen, wenn sie etwa's Rechtes zu werden versprechen — sonst nicht —, nicht aber, weil der Bundesrath, nachdem er findet, man müsse dem Arbeiter nun wieder einen Lederbüßel durch den Mund ziehen, um ihn zu veröhnen, diese Bestrebungen fördern will, während wir sie schon seit vielen Jahren einen Gegenstand unserer Anstrengungen bilden.

Wir empfehlen Herrn Deucher in dieser Beziehung das Studium des gedruckten Vortrages des Herrn Rationalrathes Bögelin am Grützentraletfest in Genève über die internationale Fabrikgesetzgebung, wo er finden wird, daß es gerade die Arbeiter waren, welche in dieser Sache arbeiteten, während der Bundesrath sie im Stiche ließ.

Das aber soll sich Herr Deucher nur aus dem Kopf schlagen, daß die Arbeiter aufhören, sozialistische Ideen zu pflegen und zu vertreten. Das Ziel der Arbeiter ist die Sozialdemokratie, und darum denken sie sozialistisch und sind Anhänger der sozialistischen Theorien.

Was übrigens die Wissenschaft predigen darf, und was sie als wahr und unumstößlich gefunden, das darf der Arbeiter auch kennen lernen, und wir brauchen dem Bundesrath nicht zu sagen, daß in jedem mit Ernst geschriebenen sozialistischen Werke mehr Wahrheit enthalten ist, als in irgend einer diplomatischen Note und in den Worten irgend eines Diplomaten.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß uns all' Zuß, dem jetzigen Bundesrath weiter beifällig zu sein, abhanden gekommen ist, nachdem wir erfahren mußten, wie wenig er den Begehren der Arbeiter Gehör schenkt, und wie sehr es in seiner Absicht liegt, die freie Bewegung der Arbeiter durch die Polizeikraft zu hemmen. Die Einrichtung der politischen Polizei vermissen wir ihm nicht. Etwas Gutes erwarten wir auch für die Zukunft von ihm nicht. Wir schreiten über ihn hinweg zur Tagesordnung und bleiben die Alten, bleiben Sozialdemokraten.“

Dieser Ton steht allerdings ab von dem, welchen die deutschen Behörden zu hören gewohnt sind, aber der „niedrige Kulturzustand“ der Schweiz — um mit dem banonengespaltten Puttkamer zu reden — hat doch den Vortheil, daß die Wahrheit hier wenigstens noch deutsch spricht.

Dr. von Wildenbruch, „der größte Dichter des neugeborenen Deutschland“, wie dieser militärisch-bureaucratische Dichtling mit der Bers- und Reims-Diarrhöe sich von seinen Freunden betteln läßt — und merkwürdigerweise haben sie Recht, was allerdings nicht für Herrn von Wildenbruch spricht — also dieser Poet des Kaiserenthums, dessen Jamben im Stich oder Sodeschritt hölzernen pathetisch dahin schreiten, jede Bewegung ein rechter Winkel“, hat vor Kurzem — ungleich dem Löwen, mit dem er sich gern vergleicht, ist er nämlich sehr fruchtbar und wirft jedes Jahr mindestens zwei Junge — Verzeihung — zwei Tragödien — also besagter Wildenbruch (von Wildenbruch), hat nämlich ein Drama verübt, betitelt die „Remoniten“, welches die Herrlichkeiten des „Soldatwerbens“ und „Mauthaltens“ poetisch illustriert. Die Remoniten sind bekanntlich eine den englischen Diktoren ähnliche Sorte — sie dürfen nicht lügen, nicht Reden und nicht morben — was allerdings in den Augen eines Arbeiters und Herrherrschers des Bismarck'schen Deutschlands drei todeswürdige Verbrechen sind. Den Remoniten nun, welche sich weigern, zum Ruhm eines Hohenzollern ihre Mitmenschen „auf dem Felde der Ehre“ zu morben, schlachtet unser fürchterlicher Beschneid — im Namen eines zum Nordhandwerk bekehrten Remoniten — folgende fürchterliche Verwünschungen in's Gesicht:

„Ihr alleamt seid Schurken.
Hier vor der Sonne heit'ger Majestät
Werd ich das Schandwort von mir „Remonit“.
Falle der Blig auf eure Häuser nieder
Und tilge euch hinweg vom deutschen Boden,
Den ihr deschnucht, und wenn der Blig sich weigert,
Lebt und verkommt in eurem eignen Dunst.“

Alles das, weil die armen Teufel ihre Brüder in Christo nicht todt-schießen wollen.
Soffentlich läßt die Ermennung des königlich-kaiserlichen Kasernenportiers zum Hofdichter Seiner Reueffen Kaiserlichen Majestät nicht wehr lange auf sich warten. Das nächste Trauerspiel kann er dann schreiben, wenn dessen uniformirtem Jüngling — er ist 18 Monate alt und Husarenlieutenant — mit seinen Hosen etwas sehr Reueffisches, aber ungemein Disziplinwidriges passiert. Es wäre das in der That ein herrlicher Stoff für einen Wildenbruch.

Eine neue Maschine, welche im Postwesen eine ähnliche revolutionäre Wirkung ausüben wird, wie sie die in unserer letzten Nummer geschilderte Widemmaschine in der Zigarrenfabrikation vollbringt, erregt heute schon unter den Aspiranten und Inhabern von Stellen im Postdienst Schrecken und malt das Gespenst der Massenentlassung und Existenzvernichtung mit all' dem Eind im Gefolge vor ihre Augen. Es ist das eine Maschine, durch welche die Abtrempelung von Briefen in den Postämtern automatisch besorgt wird. Eine solche Maschine ist jetzt im Postamt zu Buffalo aufgestellt und bewahrt sich ausgezeichnet. Ein Buffaloer Blatt berichtet darüber: „Die Maschine, die unter dem Namen Pegg und Dolphyn-Maschine bekannt ist, ist dazu bestimmt, Briefe, Postkarten, Zirkulare u. s. w. abzustempeln. Der Mechanismus ist großartig. Mit der Maschine können 500 Briefe in einer Minute gestempelt, gezählt und in einzelne Stöße aufgefächert werden. Große Qualitäten von Briefen werden ungeordnet in einem Trichter geworfen und machen mit bewundernswerther Schnelligkeit den Weg durch die Maschine, werden gestempelt, gezählt und stets mit der Aufschrift nach oben auf einem Riemen nach dem Riß der Sortirer befördert. Der Mechanismus trennt die verschiedenen Briefe, befüßt dieselben mit der Intelligenz menschlicher Finger, unterscheidet die Adressen-Seite von der Rückseite des Briefes und bringt den Stempel gerade da an, wo er hin soll. Es ist ganz einerlei, wie der Brief in die Maschine hineingelegt wird, er kommt stets mit der Aufschrift nach oben wieder heraus. Die Stempel sind klar und deutlich und die Briefe werden durchaus nicht durch die Schwärze beschmutzt. Mit der Maschine ist ein Tisch verbunden, auf welchem die Briefe ganz genau gezählt. Wenn die Briefe aus der Maschine herauskommen, so legen sie sich in einer Art Mulde von selbst in Haufen und kommen so in die Hände des Sortirers. Welch ein ungeheurer Vortheil! diese Erfindung für größere Postämter ist, kann man sich kaum denken. Daß bei dem Abstampeln mit der Hand oft Verzögerungen in der Beförderung von Briefen entstehen, ist klar, denn die Anzahl der Briefe und sonstigen Poststücken ist oft einen Tag doppelt so groß, wie an andern Tagen, während die Anzahl der Bediensteten immer dieselbe ist. Hat man aber eine oder zwei dieser Maschinen, so kann man dieselben je nach der Qualität der Briefe in Gang setzen. Die Erfindung ist in den Staaten, Kanada, England, Deutschland, Frankreich und Belgien patentirt worden. Die Maschine wird per Exterrit in Bewegung gesetzt, doch können auch Dampfmaschinen leicht angebracht werden.“

Der ganze Wahnsinn unserer heutigen Produktionsweise springt in diesem einen Beispiele Jedem in die Augen. Eine der mühsamsten, anstrengendsten, geistlosesten Arbeiten wird durch die Erfindung einer Maschine der Menschenhand abgenommen und auf mechanischem Wege viel schneller und vortheilhafter verrichtet. Statt daß nun dieser eminente Fortschritt auf dem Arbeitsfelde vom Arbeiter mit Freude begrüßt wird, muß dieser in jeder Maschine nicht seinen Erlöser, sondern seinen Todesfeind erblicken, der ihn dem Hungertode überliefert. Und das nur deshalb, weil die Vortheile, welche die Maschine mit sich führt, ausschließlich dem Fabrikanten, dem Ausbeuter zu gute kommen, statt der Gesellschaft. Heute ist der Arbeiter der Sklave der Maschine, heute verlängert die arbeitssparende Maschine die Arbeitszeit, heute verkümmert und brüdt die vernünftige Maschine den Arbeiter noch die Hungerlöhne herunter — ist aber die Produktion vergesellschaftlicht, sind die Arbeitsmittel in den Händen der Gesammtheit, so wird auch jede neue Maschine vom Arbeiter begrüßt werden, weil sie dann ihren Zweck voll und ganz erreicht, weil die Vortheile der Maschine Allen zu theil werden, die Maschine ist dann in der That der Erlöser der Arbeit!

